

Salzburger Stimme

Ausgabe 02/2015

Stadtzeitung der KPÖ Salzburg



Bild: KPÖ Salzburg

Treffen zur Gründung eines Wohnungskomitees

Donnerstag, 25.Juni, 19:00
Im „Shakespeare“, Hubert-Sattlergasse 3

Zur Wohnungsmisere in Salzburg

Jeder/Jede in der Stadt weiß: Wohnungen sind selten, teuer und klein. Trotz dieser Misere herrscht Schweigen bei den Politiker/innen. Vor der Wahl wurde viel versprochen, aber geschehen ist wenig. 1.459 Menschen sind bei uns ohne Wohnungen. Davon sind auch 374 Kinder und Jugendliche betroffen. Tausende angemeldete Wohnungssuchende am städtischen Wohnungsamt, das ist Salzburg.

Überhöhte Kommunalgebühren führen zu überhöhten Betriebskosten. Kommunale Dienstleistungen werden von der Stadt immer mehr als Einnahmequelle herangezogen. Allein bei den Kanalgebühren hebt die Stadt um ein Drittel mehr ein als sie ausgibt.

Fortsetzung auf S.2

Fortsetzung von S.1

Spekulation und eine verfehlte Raumordnungs- und Wohnbaupolitik führten und führen zu einer Verknappung und Verteuerung des Wohnraums in Salzburg. Von 2002 bis 2011 sind die Mieten in Durchschnitt um bis zu 50% gestiegen. Die Betriebskosten haben sich im gleichen Zeitraum verdoppelt.

Gleichzeitig wird auf 900 Hektar (das sind 9 Millionen Quadratmeter) gewidmeten Bauland nicht gebaut, sondern damit spekuliert. Die Politik diskutiert nur zögerlich die Besteuerung dieser Spekulation.

Die KPÖ ist für die sofortige Besteuerung von Bauland und leerstehenden Wohnraum mit dem offensichtlich spekuliert wird.

Es ist auch offensichtlich, dass aufgrund der extrem hohen Wohnungskosten die Stadt **Spitzenreiterin bei der Mindestsicherung** ist. Doppelt so viele Menschen wie in Linz und sogar dreimal so viele wie in Graz beziehen sie bei uns. Wohnen ist schon längst eine Armutsfalle in der „Kulturstadt“.

Die Antwort der Salzburger Politik auf dies Situation heißt: Noch mehr Neoliberalismus.

Das Land halbiert die Wohnbauförderung von 280 auf 140 Millionen Euro. Die neue Wohnbauförderung fördert darüber hinaus teurere Wohnungen (Wohnungen werden auch geförderte, wenn sie 6000 Euro pro Qua-

dratmeter kosten), und begünstigte Personen als vorher. Unter dem Argument des „Sparens“ privatisiert die Landesregierung die Wohnbauförderung- und die Wohnbaukredite. Die Banken und die Einkommensstarken werden sich bedanken.

Es ist aber auch Zeit sich gemeinsam zu wehren gegen diese Misere. Zu diesem Zweck möchten wir alle aufrufen, die von dieser Situation die „Schnauze vollhaben“ zu einen Treffen der „Wohnungswut-Bürger/innen“.

Aufstand im Salzburger Pflegedienst?

Seit Wochen schwelt der Konflikt um die Neuregelung des Pflegedienstes in den Salzburger Spitälern. Wie bei den Ärzten sollen bei den Pflegediensten eine neue Stundenregelung eingeführt werden. In der Pflege gilt seit dem 1. Jänner ein neues Arbeitszeitgesetz. Demnach darf im Spital nicht mehr als 48 Stunden pro Woche und nicht mehr als 13 Stunden am Stück gearbeitet werden. Diese Regelung wurde notwendig durch eine Vorgabe der EU, die die Regierung bis zum letzten Abdruck aussaß. Entsprechend rasch muss sie nun diese Vorgabe umsetzen.

Die Ärzte konnten ihre Vorstellungen weitgehend durchsetzen, aber das Pflegepersonal bleibt offenbar auf der Strecke. Dagegen regte sich Widerstand, auch in Salzburg. Vor allem im SALK bei den sogenannten 24-Stunden Journaldiensten. Für eine Übergangregelung in diesen Bereich bedarf es einer Betriebsvereinbarung. Diese lief aber Ende März aus. Eine Betriebsversammlung beschloss keine Verlängerung der Betriebsvereinbarung, wenn nicht die Forderung nach einer 30 Prozentigen Gehaltserhöhung zugestimmt

werde. Diese Erhöhung sollte den Einkommensverlust (bis zu 35%) von Zulagen, usw. durch das neue System ausgleichen. Vor allem die Belegschaft des Landeskrankenhauses, aber auch die Betriebsratsvorsitzende, will diesen Verlust von 300-500 Euro nicht so einfach hinnehmen. Trotzdem kam es nun unter Druck der Landesregierung zu einem Abschluss. 210 pro Monat mehr für diplomierte Pflegekräfte, 100 Euro mehr für Pflegehelfer/innen. Der Abschluss kam

Fortsetzung auf S.4

Ja zur Steuerreform ! Nein zur Finanzierung!

Der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) anerkennt, dass die Steuerreform für uns Beschäftigte mehr ins Geldbörstel bringt. Positiv sind die Senkung des Einkommenssteuersatzes auf 25 Prozent, die Ausweitung der Negativsteuer sowie Maßnahmen gegen den Steuerbetrug.

Für den GLB ist hingegen negativ, dass die „kalte Progression“ bleibt, die größten Nutznießer Personen mit hohem Einkommen sind. Auch dass es keine Gegenfinanzierung durch Vermögens- und Erbschaftssteuer gibt. Die Gegenfinanzierung beruht größtenteils auf Luftnummern. Ob Registrierkassen- und Rechnungspflicht sowie auf eine erhöhte Kaufkraft die Vorhersagen erfüllen steht in den Sternen der schwachen Konjunktur. Die Einsparungen in der Verwaltung werden auf Kosten der Beschäftigten und Förderungen gehen.

Umfaller ÖGB

Nicht weniger als 882.000 Menschen haben 2014 für die Steuerkampagne des ÖGB unterschrieben. Deren Kern war die Senkung des Steuersatzes, aber auch eine Gegenfinanzierung durch die Besteuerung der Millionenvermögen. Forderungen von ÖGB und AK-Salzburg aus dem Falter „Vermögenssteuer ist eine Frage der Gerechtigkeit“:

„Die Einführung einer Milliardenssteuer auf Netto-Privatvermögen (..) ab einer Million Euro, zu Gegenfinanzierung. Die Wiedereinführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einem hohen Freibetrag.“

Enttäuschend ist daher das vorliegende Ergebnis. Von einem „großen Wurf“ kann keine Rede sein, müssen sich doch die „Entlasteten“ ihre

Entlastung durch Belastungen an anderer Stelle größtenteils selber zahlen.

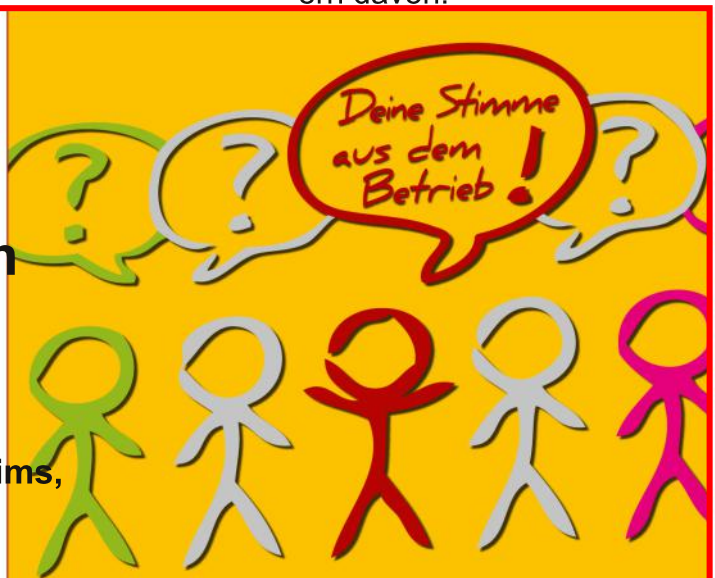
Aus diesen Grund bringt der GLB in der 4.AK-Vollversammlung einem Antrag zur Steuerreform ein, wo bei den Nachverbesserungen des Steuerreformpaketes die Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer eingeführt werden soll. Der GLB stellt zu Steuerreform in seinen Antrag fest: „Gewinner der Reform sind die Reichen und Spitzenverdiener. So bekommen die immer mehr werdenden Nicht-Lohnsteuerpflichtigen rund 200 Euro mehr an Negativsteuern. Großverdiener bekommen dieselbe Steuerersparnis von 200 Euro nicht jährlich sondern monatlich. „ Der ÖGB ist offensichtlich mit dem Ergebnis der Steuerreform zufrieden, der GLB nicht, denn wieder kommen die Superreichen ohne Steuern davon.

Einladung zum

Sommerfest

des Gewerkschaftlichen Linksblocks Salzburg (GLB)

am 15. August im Garten des Volksheims,
Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg
(Uhrzeit wird noch bekanntgegeben)



Fortsetzung von S.2

auch dadurch zu Stande, dass die Betriebsratsvorsitzende im Krankenstand war, und der Stellvertreter offensichtlich ein „treuerer“ ÖVPler ist als sie.

Landeshauptmann- Stellvertreter Stöckl (ÖVP) setzte sich mit seiner Hardliner- Politik wieder durch. Auch wenn der erzielte „Kompromiss“ keine Zustimmung finde, werde ab 2016 das neue Gehaltssystem in Kraft treten-

ohne Abfederung. Demokratie lässt grüßen.

Der „Kompromiss“ stößt in der Belegschaft der Landes- klinik auf wenig Begeisterung. Vor allem auch, dass die Gehaltserhöhung erst ab Juli 2017 in Kraft treten soll. Bei den Ärzten tritt sie rückwirkend Anfang 2015 in Kraft. Im SALK und bei den Regierenden gilt noch immer Arzt ist Arzt, Pfleger ist Pfleger.

Nur ein paar Stimmen aus dem Landeskrankenhaus:

„Wieder mal ist die Pflege über den Tisch gezogen worden“.

„Dieses unselige Gehaltsschema Neu wird ein Rohrkrepierer“.

„Ich finde wir werden hier verraten und verkauft.“

„ Wir wurden billigst verkauft. Das Ergebnis ist nicht tragbar.“

Festakt zur Übergabe des Ehrengra



Thomas Neuhold (linkes Bild), Schriftführer des KZ-Verbands Salzburg, führte durch die Gedenkveranstaltung. Obmann Josef Enzendorfer (rechtes Bild) hielt eine Rede zu den Biographien der Widerstandskämpfer. Der Demokratische Chor Braunau begleitete den Festakt auf einfühlsame Weise.





n Kommunalfriedhof



Josef Enzendorfer und SPÖ-Gemeinderat Michael Wanner als Vertreter der Stadt enthüllten die neue Gedenktafel, die zur Erklärung angebracht wurde.

Der Künstler Markus Grüner-Musil und die Schauspielerin Elisabeth Nelhiebel verlasen berührende Abschiedsbriefe und erschütternde Todesurteile der NS-Opfer.
alle Bilder von KZ-Verband Salzburg

Flüchtlinge in Salzburg

Die „Zeltnotunterkünfte“ in der Alpenstraße zeigen die völlige Unfähigkeit der Landesregierung, „normale“ Unterkünfte für Asylsuchende zu finden. In diesem Zusammenhang bietet sich zumindest zeitweise die Nutzung von mehr oder minder sinnfreie Kasernen in Wals und Tamsweg an. Weiters tritt in diesem Zusammenhang die KPÖ übergangsweise für die zwangsweise Anmietung von leerstehenden Wohnraum in Stadt und Land an. Die Flüchtlinge die hauptsächlich aus Syrien, Irak, Afghanistan und Somalia stammen, also Staaten, die mit westlicher Mithilfe im geostrategischen Interesse des internationalen Monopolkapitals in das Chaos gebombt wurden, haben ein Anrecht auf menschenwürdige Unterkünfte.

Maco-Kündigungen trotz Gewinne

Allein im Salzburger Betrieb der Beschlägefirma Mayer & Co in der Alpenstraße wurden neben den Leiharbeiterinnen bis 90 Beschäftigte „abgebaut“.

Die Firma hatte 2014 bei einem Gesamtumsatz von 291 Millionen € einen Gewinn (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) von knapp elf Millionen.

Zu dieser Gewinnmaximierung zu Lasten der Beschäftigten ist dem dortigen Betriebsrat bis dato nur der Vorschlag eines Sozialplanes eingefallen.

Millionenpflasterung

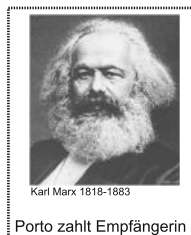
In Krisenzeiten mit steigenden Arbeitslosenzahlen und immer neuen Kürzungen im Sozialbereich ist den Herrschenden in der Stadt manches noch immer nicht zu teuer.

Salzburgs Flaniermeile, die Getreidegasse darf – unbeschadet von "lästigen" BettlerInnen – einer neuen Oberflächengestaltung, sprich Pflasterung- entgegen sehen.

Satte 2,3 Millionen kostet diese Kleinigkeit, welche von März bis November 2017 mit einer Baupause selbstverständlich während der Festspielzeit errichtet werden soll.

Ich möchte:

- mit Euch in Kontakt treten
- Informationen über die KPÖ
- Mitglied der KPÖ Salzburg werden
- die Salzburger Kommunalpolitik mitgestalten



Name

an die

Adresse

KPÖ Salzburg
Elisabethstr. 11
5020 Salzburg

PLZ/Ort

Telefon

Tel/(Fax): 0662(872244(4)

E-Mail

E-Mail: salzburg@kpoe.at

Web: www.kpoe-salzburg.at

Webtipps:

www.redglobe.de

www.kpoe.at

www.kpoe-salzburg.at

www.facebook.com/kpoe.salzburg

www.glb.at

www.dkp-online.de/uz

www.kpoe-steiermark.at

Impressum:

Kommunistische Partei
Österreichs, Bezirksleitung
Salzburg Stadt; Elisabethstr. 11,
5020 Salzburg, E-Mail:
sekretariat@kpoe-salzburg.at